

Datum: 09.06.2015  
 Telefon: 0 233-92727  
 Telefax: 0 233-25911  
 Herr

@muenchen.de

**Stadtkämmerei**  
 Jahreshaushaltswirtschaft  
 Haushalt  
 SKA-HAII / 12-2

Ur	über						an	
	R	R1				RG4		
<b>Baureferat</b> <b>15. JUNI 2015</b> Az.: Anlagen:							zwV	EA
							Rü	Ber
							WA	Vorg
							bei	an
Kopie an	T	Rg	Rg 2	ef			bis	

### Umsetzung der Erhöhung der Nahmobilitätspauschale

Beschlussvorlage für den Bauausschuss am 14.07.2015 (VB)  
 Öffentliche Sitzung

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 02702

### An das Baureferat

Die Stadtkämmerei nimmt die o.g. Beschlussvorlage zur Kenntnis, möchte jedoch auf Folgendes hinweisen:

In der Vollversammlung des Stadtrates am 17.12.2014 hat der Stadtrat die Erhöhung der Nahmobilitätspauschale auf 10 Mio. € für das Haushaltsjahr 2015 beschlossen. Diese Entscheidung betrifft nur das Haushaltsjahr 2015.

In der vorliegenden Beschlussvorlage wird der Stadtratswille so ausgelegt, dass diese Erhöhung auf 10 Mio. € nicht nur das Haushaltsjahr 2015 betrifft, sondern dauerhaft erfolgen soll.

Dementsprechend wird vorgeschlagen 1 VZÄ zu entfristen, sowie 5,4 VZÄ neu (auf 3 Jahre befristet, da die Stellen noch nicht exakt bemessen sind) zu schaffen, damit die aufgestockte Nahmobilitätspauschale auch „verbaut“ werden kann. Die Finanzierung des Personals soll aus der Nahmobilitätspauschale erfolgen, was aus Sicht der Stadtkämmerei sachgerecht ist.

**Dreh- und Angelpunkt bei dieser Beschlussvorlage ist der genaue Wille des Stadtrates. Wenn eine dauerhafte (oder eine auf mehrere Jahre befristete) Erhöhung der Nahmobilitätspauschale auf 10 Mio. € gewünscht ist, dann ist die Schaffung der notwendigen Personalkapazitäten (mit Finanzierung aus der Nahmobilitätspauschale) unabdingbar.**

**Falls der Stadtrat jedoch in den nächsten Jahren weniger Mittel verbauen lassen möchte, dann sind entsprechend weniger Stellen zu schaffen.**

Darüber hinaus bittet die Stadtkämmerei darum, den Antrag der Referentin bei Nummern 2.2 und 2.4 zu ändern. Es muss hier klar hervorgehen (wie im Vortrag der Referentin dargestellt), dass diese zusätzlichen Personalkosten aus der Nahmobilitätspauschale finanziert werden. Dies bedeutet, dass mit der Anmeldung zum Haushalt der Ansatz der Nahmobilitätspauschale entsprechend reduziert werden muss.

Auf die Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferates wird verwiesen.

Wir bitten diese Stellungnahme in die Beschlussvorlage einzuarbeiten bzw. diese Stellungnahme dem Beschluss als Anlage beizufügen

Das Direktorium D-HAII-V1: (Beschlusswesen), das Personal- und Organisationsreferat, die Stadtkämmerei II/2, sowie das Revisionsamt erhalten je einen Abdruck der Stellungnahme zur Kenntnis.

gez.